



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/58

9. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonner Erörterungen um einen "Staatsfunk"	S.1
Der Oberste Sowjet tagt	S.3
Marokko	S.4
Südweststaat näher gerückt	S.5
West-KP soll 250.000 "Jugendfreunde" stellen	S.7

Auch staatliche Rundfunksprecher?

(sp) Es ist verständlich, dass der Bundeskanzler mit der bisherigen Arbeit des Presse- und Informationsamtes nicht zufrieden ist. Verärgert über "die Kritiksucht unserer Zeit" und deren "Fruchtbarkeit in der Karikatur" liegt dem Kanzler jedoch mehr an einer Bekämpfung der Wirkung als der Ursache, seiner unpopulären Politik nämlich. Je stärker und berechtigter die Kritik der Regierungspolitik geworden ist, umso mehr quält sie den Kanzler. Das ist verständlich. Während und nach den Ferien auf dem Bürgenstock hatten geschäftige und einst recht gelehrige Publizisten dem Kanzler schon allerlei Pläne unterbreitet, wie der Kampf gegen die Kritik zu organisieren sei. Die Vorschläge enthielten so ziemlich alles, was von der Praxis des Propagandaministeriums überhaupt noch anwendbar ist.

Vom Einsatz von "Staatsjournalisten" haben wir bereits berichtet. Nun erfahren wir von einem entsprechenden Projekt für den Rundfunk. Die Stellungnahmen der Bundesregierung gegenüber dem NWDR-Kommentator, Peter von Zahn, dem "Zersetzungsarbeit" vorgeworfen wurde, sind noch in frischer Erinnerung. Nun zeichnen sich auf der Regierungsseite die Konsequenzen ab, die man dort und in - aus vielerlei Gründen - befreundeten Kreisen gerne ziehen möchte. Nichts wäre einfacher, als das mit dem Hervorkramen solcher alter Requisiten zu tun. Nicht der Kanzler kam auf die Idee und auch nicht die, die sie ihm vorschlugen. Es war eine unkomplizierte Erinnerung an

die Zeiten, da eine Regierung mit den Meinungen in der Öffentlichkeit autoritär "fertig" wurde. Es gab einen offiziellen Kommentator für "Politisches" und einen anderen für "Militärisches" und die Einrichtung hatte sich im Sinne des Auftraggeber bezahlt gemacht, warum also nicht nachahmen?

So etwa lässt sich der neue Plan kennzeichnen. Es sollen mehrere Kommentatoren für Politik sein. Nach aussen soll ihnen eine gewisse Unabhängigkeit gegeben werden, damit die Hörerzuschriften nicht direkt an die Bundeskanzlei adressiert werden. Ein Nachfolger für OKW-Sprecher Dittmer soll noch nicht gesucht werden. Im Auftrag und für die Bundesregierung sollen "offizielle oder offiziöse" Kommentatoren der Kritiksucht ein Ende bereiten. So etwa wie es einer der aus Bonn sprechenden Kommentatoren mit bewunderswerter und gelernter Bereitschaft zur reinen Kolportage der Regierungsmeinung schon besorgt und wie es alle optimistischen Kabinettsmitglieder in Rundfunkgesprächen vergeblich versuchen. Die Schwierigkeit des Einsatzes von staatlichen Sprechern liegt nur in der Unabhängigkeit des Rundfunks, dessen Stationen kaum bereit sein werden, neben den Auflagen der Besatzungsmächte und den Reden des Kanzlers, bzw. seiner Minister auch noch offizielle Kommentatoren zu übernehmen.

"Ist zu machen", meinen die bisher nur "vortragenden" Rundfunksprecher der Regierung und verweisen auf ein von der DP gefordertes Rundfunkgesetz. Mit der Mehrheit der Koalition könnte es so gefasst werden, dass die Einschaltung der offiziellen Kommentatoren zwangsläufig und die Ausschaltung der sogenannten unabhängigen Kommentatoren unvermeidlich ist. Ein trefflicher Plan fürwahr, er hat nur den Fehler, dass er gegen das Grundrecht von der Freiheit der Meinung verstösst und dass ihm dadurch leicht entgegenzutreten sein wird. Das gleiche gilt von etwaigen Bemühungen der Regierung, durch einen Druck auf den Rundfunk eine ähnliche Lösung ohne Gesetz zu schaffen. Und nichts anderes gilt von allen vagen, aber geschäftigen Plänen betriebsamer Leute, die so etwas wie einen "Bundesrundfunk" ins Leben rufen möchten. Der Kanzler wäre daher schlecht beraten, würde er alle diese Einflüsterungen von einer staatlichen Rundfunk-Kommentierung in einer demokratischen Republik für verwirklichtbar halten, so leicht sich damit auch regieren liesse.

Der Oberste Sowjet tagt

(sp) Stockholm, im März.

In Moskau begann am 6. März jene eine und einzige Woche des Jahres, in der der Oberste Sowjet der Union, bei dem nach Stalins Verfassung von 1936 alle Macht des Staates liegen soll, diese seine Macht - wenn auch nur der Form nach - ausübt: in den wenigen Tagen der jährlichen Session des Obersten Sowjets müssen alle Dekrete ratifiziert werden, mit denen sein Präsidium zwischen den Sessionen, also den grössten Teil des Jahres über, regiert. Erst durch diese Ratifizierung erhalten die Dekrete Gesetzeskraft. Die einzigen Gesetze, die nicht schon zwischen den Sessionen als Dekrete erlassen werden, sind die Staatsbudgets und die Fünfjahrespläne. Und auf der diesjährigen Tagung ist ausser dem Haushaltsplan 1951 der fünfte in der Reihe der Fünfjahrespläne zu verkünden. Beide Programme werden ausserdem in der russischen Propaganda für die Vorbereitung der Viererkonferenz eine grosse Rolle spielen.

Selbstverständlich werden die Pläne von den beiden Kammern nicht erarbeitet, sondern sie werden fix und fertig vorgelegt. Der Form halber werden nach den Hauptrednern (Ministern) zahlreiche Abgeordnete sich zu Wort melden, Zusätze beantragen und Beschwerden vortragen. Aber die Gesamtstruktur und die Hauptposten der Pläne sind noch niemals abgeändert worden, wie ja auch noch niemals einem Dekret des Präsidiums die Ratifizierung versagt wurde.

Der Oberste Sowjet ist ja schliesslich ein Funktionärparlament, in dem nach der Erneuerung von 1950 nur noch 14% Parteilose sitzen (wenn man diese als Nicht-Kommunisten bezeichnen könnte); von den 1316 Abgeordneten sind nur noch 137 wirklich tätige Arbeiter und Bauern (und das im Lande der Diktatur des Proletariats).

An dem vom Finanzminister Swerjew präsentierten Jahrestudgets gibt es auch nicht viel zu diskutieren. Diese Budgets haben nun schon seit Jahren immer die gleiche Gliederung: Zwei Drittel aller Ausgaben entfallen einerseits auf die Wirtschaft, andererseits auf sogenannte soziale und kulturelle Massnahmen. Weniger als ein Fünftel sind für die Armee bestimmt, und die Staatsverwaltung selbst verbraucht im ganzen nicht einmal vier Prozent der Haushaltsgelder. Eine Spezifizierung dieser Posten im einzelnen erfolgt vor der

Öffentlichkeit nicht. Es ist also unbekannt, wie weit sich die vierzig Prozent, die für die "nationale Wirtschaft" bestimmt sind, nur auf Investitionen erstrecken oder auch Einkäufe des Staates umfassen, die als Fertigfabrikate zu einem grossen Teil unter anderem auch den bewaffneten Streitkräften zur Verfügung gestellt werden könnten. Alle wissenschaftliche Forschung, also z.B. auch die Atombetriebe, gehört zu den "sozialen und kulturellen Massnahmen".

+ + +

M a r o k k o

P.H. Marokke wurde seinerzeit von einer Art "Europaarmee" erobert und "befriedet", in der deutsche Staatsangehörige mehr als 50% der Soldaten (beiläufig nicht der Offiziere) stellten. Es waren die französische und spanische Fremdenlegion. Der jetzige Diktator Spaniens, Franco, begründete seinen militärischen Ruf als Oberst, indem er durch ein kühnes Landungsmanöver mit der spanischen Fremdenlegion als Stosstruppe am 8. September 1925 in der marokkanischen Bucht von Alhucemas im Rücken der Rifkabylen erschien und so mit seiner Legion nicht nur Spanisch-, sondern auch Französisch Marokke von Ab del Krim befreite. Die Tragödie der Deutschen in der französischen Fremdenlegion und ihre Rolle nicht nur in der militärischen Eroberung, sondern auch in der wirtschaftlichen Erschliessung Marokkos durch Eisenbahn- und Wegebau hat traurigen Weltruhm erlangt.

Auch einem gutwilligen Deutschen wird man es heute schwer plausibel machen können, dass Deutschland die militärischen Pflichten eines westeuropäischen Staates auf sich nehmen soll, während andere europäische Staaten ihre Kerntruppen nicht zur Verteidigung Europas, sondern zur "Befreiung" von Kolonialgebieten einsetzen. Mit den unglückseligen Kriegen in Korea und Indochina sollte es gelegentlich genügen. Soll nun auch noch mit der arabischen Welt angebandelt werden? Die Protestkundgebungen der arabischen Liga, des Irak und Ägyptens gegen das Vorgehen des Generals Juin in Marokko dürfen nicht übersehen werden. Bisher hat die arabische Welt im Kampf gegen den Moskauer Imperialismus auf der Seite der westlichen Welt gestanden. Will man jetzt die Araber gewaltsam in das Lager Moskaus drängen?

Gewiss ist der Fanatismus des arabischen Nationalismus bedauer-

lich, aber noch bedauerlicher ist, dass man gegen ihn den rückständigsten Feudalismus der Wüstenstämme aufbietet, derselben Berber, deren tägliche Beschäftigung sozusagen darin besteht, die Deserteure der Fremdenlegion halbtot zu hetzen, um sie dann gegen einen Judaslohn der französischen Militärjustiz zu überliefern. Gewiss ist zu berücksichtigen, dass Tausende französischer Siedler in Marokko den Wert des Landes wesentlich gehoben haben, aber man darf auch nicht übersehen, dass ein fragwürdiges internationales Grosskapital der arabischen Arbeiterschaft und Intelligenz in den Städten täglich eine ungehemmte Ausbeutung vor Augen führt.

Marokko darf nicht ein zweites Korea oder Indochina werden. Der Standpunkt Frankreichs, dass die Regelung der Marokkofrage eine innere, rein französische Angelegenheit sei, ist in dem Augenblick überholt, da sich die arabische Welt mit Marokko solidarisch erklärte, ganz abgesehen davon, dass Frankreich schon mit der Annahme nordamerikanischer Waffenhilfe in Indochina praktisch zugab, dass es nicht in der Lage sei, sein Kolonialproblem aus eigener Kraft zu meistern.

haben

England, Nordamerika und Holland/in Indien, auf den Philippinen und Indonesien Beispiele einer friedlichen Neuordnung der überholten Kolonialherrschaft geliefert. Das Kolonialreich Frankreich (und Franco Spanien) fehlt noch in dieser Reihe. Sollte Frankreich wirklich so blind sein, um nicht zu sehen, dass die Zeiten vorbei sind, in denen koloniale Probleme von Generalen und Fremdenlegionären liquidiert werden konnten?

+ + +

Südweststaat näher gerückt

A.M. Im Bundestagsausschuss für innergebietliche Neuordnung wird zurzeit nicht allein der Gesetzentwurf über die Bildung des Südweststaats beraten, es geht vielmehr um eine Neugliederung der innerdeutschen Ländergrenzen überhaupt. Wenn auch das Kabinett oder Innenminister Dr. Lehr nicht unmittelbar eine Vertagung gefordert oder beschlossen haben, so hat der Staatssekretär im Innenministerium, Ritter von Lex, doch immer wieder für eine Vertagung der Neugliederung in Südwesten plädiert, weil er nicht ohne Grund eine Kettenreaktion

befürchtet. Nun wird aber die Neugliederung im Südwesten nicht aufzuhalten sein. Und wenn damit eine Kettenreaktion ausgelöst werden sollte, dann wird man auch diese kaum aufhalten können.

Zur Debatte steht also nicht nur der Zusammenschluss der drei Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden, sondern auch eine Neuordnung im nordöstlichen Raum, die vier Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein erfassend. Allerdings zeichnet sich eine einheitliche Linie in dieser Frage noch nicht ab und es ist anzunehmen, dass dieses Problem noch härtere Auseinandersetzungen kosten wird als das des Südweststaates. Schliesslich gehen die Diskussionen noch um das Land Rheinland-Pfalz.

In der Südweststaat-Frage hat sich der Ausschuss mit neun gegen sechs Stimmen für den Gesetzentwurf der Abgeordneten Gengler und Kiesinger, für den sogenannten Tübinger Entwurf, entschieden, wonach das ganze Gebiet in die vier Abstimmungsbezirke Baden, Württemberg-Hohenzollern, sowie die Landesbezirke Baden und Württemberg im Land Württemberg-Baden aufgeteilt wird. Bei der Einzelberatung hat der Ausschuss beschlossen, die Bezeichnung Südweststaat im Gesetz nicht vorzuschreiben, sondern es im Falle der Bildung dem neuen Bundesland zu überlassen, sich selbst einen Namen zu geben.

Mit sehr knapper Mehrheit hat der Ausschuss ferner beschlossen, anstelle der im Gesetzentwurf ursprünglich vorgesehenen direkten Fragen für oder gegen den Südweststaat nun doch die Alternativ-Frage: Südweststaat oder Bildung der alten Länder Württemberg und Baden zu stellen. Damit ist ein weiterer südbadischer Wunsch in Erfüllung gegangen.

SPD und FDP sowie grosse Teile der CDU sind für eine Neuregelung im Sinne des Südweststaates, während DP, Zentrum und Teile der CDU für die Wiederherstellung der alten Länder plädieren. Im Gesetzentwurf war vorgesehen, dass nur derjenige stimmberechtigt ist, der mindestens ein Jahr im Abstimmungsgebiet wohnt und das 21. Lebensjahr vollendet hat. Ein Antrag, die Aufenthaltsklausel auf fünf Jahre zu erhöhen, wurde abgelehnt, während ein SPD-Antrag, diese Aufenthaltsdauer auf drei Monate zu beschränken, deshalb angenommen wurde, damit auch die Flüchtlinge, die in diesen Ländern eine neue Heimat finden sollen, abstimmungs-berechtigt sind.

Nicht ohne Grund hat der Bund der Steuerzahler gegen eine Verschleppung der Länderneuordnung protestiert. Um eine weitere Verschleppung der Regelung im Südwesten zu verhindern, hat der Ausschuss

beschlossen, dass im Falle der Bildung des Südweststaates vier Tage nach der Abstimmung der neue Staat auch realisiert wird, während der Gesetzentwurf vorgesehen hatte, dass das neue Land erst mit der Verkündung der neuen Landesverfassung gebildet würde.

Die Ausschussarbeiten werden noch vor Ostern beendet, so dass der Gesetzentwurf unmittelbar nach den Osterferien vom Plenum des Bundestages verabschiedet werden kann.

+ + +

250.000 "Jugendfreunde", das Soll der West-KP

(sp) Eine Million "junger Friedenskämpfer" will die FDJ bei den "Weltjugendspielen 1951" aufmarschieren lassen. Die West-KP hat dafür ein Soll von 250.000 "Jugendfreunden" vorgeschrieben bekommen. Die Propaganda dafür hat bereits eingesetzt. Grenznahe FDJ-Stellen müssen alle 14 Tage einen Funktionär in die Ostzone schicken. Dort werden sie entsprechend instruiert. Zu diesem Zweck haben ostzonale Grenzbezirke die "Patenschaft" über die West-Grenzbezirke übernommen. Für die weiter westlich gelegene FDJ finden entsprechende Lehrgänge im Innern der Ostzone statt. Die Ostzone stellt für die Werbung im Westen ihre "Kulturensembles" (Laienspielscharen, Referenten, usw.) zur Verfügung, ebenso Fanfarenzüge der FDJ.

Gleichzeitig ist damit eine Werbeaktion für die Volkspolizei verbunden. Arbeitslose Jugendliche aus der Westzone, die an den "Weltjugendspielen" teilnehmen, "brauchen nicht erst in die Westzone zurückreisen" und können sofort in die Volkspolizei eintreten. Jugendliche ab 14 Jahren können in die "Kadettenschulen" der FDJ aufgenommen werden. Dabei werden die Aufstiegsmöglichkeiten in der Volkspolizei in den rosigen Farben geschildert.

Um den westlichen "Jugendfreunden" alle Besorgnisse zu nehmen, wird erklärt, dass "die Volkspolizei den Schutz der Friedensfreunde aus Westdeutschland übernehmen und garantieren" werde. Vorkommnisse, wie nach dem vorjährigen Pfingsttreffen in Eichholz (wo die westdeutsche Polizei mehrere hundert FDJ-ler wegen unerlaubten Grenzübertritts vorübergehend in Haft genommen hatte), würden sich diesmal nicht wiederholen.

Unablässig kommt die Mahnung aus dem Osten, rechtzeitig mit den Vorbereitungen zu beginnen. Einwände der West-FDJ, dass das vorgeschriebene Soll zu hoch sei, werden nicht zur Kenntnis genommen. "Ihr müsst jetzt schon eine grossangelegte Werbung durchführen", heisst es in einer Anweisung des Landessekretariats der FDJ Mecklenburg an die FDJ-Stellen in Schleswig-Holstein. "Die Erfahrung zeigt, dass es in Westdeutschland nicht leicht ist, 250.000 Jugendfreunde zu stellen. An Euch liegt es, dass Ihr Euer Soll hundertprozentig erfüllt".

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.